

Postcheck-Konto:  
Leipzig Nr. 34918.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 2.— Mit. 2monatlich 1.40 M., 1 monatlich 70 Pf. durch die Post vierteljährlich 2.10 M. (ohne Beistigk.) Einzelne Nummern 12 Pf. Alle fächerlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen keine Bestellungen auf die "Sächsische Elbzeitung" an.

Tägliche Beilage:  
"Unterhaltungsblatt".

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alte Hütte. — Verantwortlich: Konrad Mohrleper, Bad Schandau.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böh. Schweiz

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder legitiemer sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Dienstleister oder der Verleihung) hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Beitrags.

Anzeigen-Annahmestellen: An Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenkrause 184; in Dresden und Leipzig: Haenstein & Vogler, Invaldendank und Rudolf Moß; in Frankfurt a. M.: G. L. Daudé & Co.

Nr. 119

Bad Schandau, Donnerstag, den 3. Oktober 1918

62. Jahrgang.

## Volksküche.

Markenausgabe:

Freitag, den 4. Oktober 1918:

Häuser Nr. 1—150 vormittags 10—12 Uhr,  
151—264 nachmittags 2—4 "

im Wernerschen Grundstück. 6 Speismarken 180 Pf. Neu hinzutretende Teilnehmer haben außerdem Abschnitt I der Nährmittelkarte abzugeben.

Belieferung:

Nr.	01	02	03	04	05	06
"	11	12	13	14	15	16
am	7. 10.	9. 10.	11. 10.	14. 10.	16. 10.	18. 10.
Nr.	21	22	23	24	25	26
"	31	32	33	34	35	36
am	8. 10.	10. 10.	12. 10.	15. 10.	17. 10.	19. 10.

von 1/2 12—1/4 1 Uhr mittags.

Schandau, den 2. Oktober 1918.

Volksküche der Stadt Schandau.

## Rücktritt Herrlings.

Berufung einer Volksregierung.

Berlin, 30. September.

Wie aus dem Großen Hauptquartier, wohin sich der Reichskanzler begeben hat, gemeldet wird, hat der Kaiser das Rücktrittsgesuch des Grafen Herrling genehmigt.

Der Ruf der Reichstagsmehrheit nach einer schnellen Böschung der seit vierzehn Tagen schlechenden Krise ist also erfüllt worden. Graf Herrling hat aus freiem Entschluss sein Amt niedergelegt.

## Ein Erlass des Kaisers.

Berlin, 30. September.

Der Kaiser hat an den Reichskanzler Grafen v. Herrling folgenden Erlass gerichtet: Eure Exzellenz haben mir vorgetragen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihnen Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entgehen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Übernahme des Reichskanzleramtes in erster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirklich als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.

Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Graf v. Herrling hat nahezu ein Jahr lang die Geschäfte des Reiches geführt. Seine Berufung leitete gleichsam eine neue politische Zeit in Deutschland ein, insoweit, als Graf Herrling vor endgültiger Übernahme seines Amtes sich mit der Mehrheit des Reichstages in Verbindung setzte, um sich eine feste Stütze für seine Politik während des Krieges zu schaffen. Graf Herrling hat als Kanzler das innigste Vorstreben bewiesen, dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden zu bringen. In vielen großen Reichstagsreden hat er sich mit unseren Feinden auseinandergesetzt, er hat sicherlich zuweilen geschickt operiert als manchmal seine Vorgänger, aber er war doch nicht imstande, unsere militärischen Erfolge hinreichend durch seine diplomatische Kunst zu unterstützen. Und als unsere Westfront zurückverlegt werden mußte und es notwendig wurde, die innere Front auszubauen und für den Widerstand bis zum äußersten zu festigen, da versagten eben die Kräfte des greifen Staatsmannes, der sich an ein Programm und gewisse Richtlinien gebunden hatte.

Nein, Männer sind es, die wir brauchen, nicht Programme und Richtlinien. Oder vielleicht ist es schon so weit, daß man sagen muß: einen Mann brauchen wir, einen Clemenceau oder einen Wilson, der sich durch keine Macht der Erde, auch durch keine Kammer und durch keinen Kongress beirren läßt, das zu tun, was zum Heile des Vaterlandes unbedingt getan werden muß. Was müßten uns Änderungen der Verfassung, wenn diese Verfassung selbst durch den Einbruch des Feindes in Gefahr gerät? Was eine "Volksregierung", wenn sie nicht das ganze Volk in sich zusammenzufassen vermögt? Der höchste Einzug steht auf dem Spiel: unter Fleisch, unter Land, unter Haus und Herd. In solchen Zeiten hat es überall auf der Welt nur eine Rettung gegeben: die ganze Machtstufe des Staates in eine Hand zu legen, bis die Gefahr vorüber ist. Im Großen Hauptquartier sollen jetzt schief-

sichshwere Entscheidungen getroffen werden. Graf Herrling bietet, wie es heißt, aus freiem Entschluß seine Entlassung an, weil er sich der ungeheuren Verantwortung des Augenblicks nicht mehr gewachsen fühlt; wer von seinen Mitarbeitern mit ihm gehen oder bleiben will, scheint noch nicht festgestellt. Früher waren das alles sozusagen willbewegende Fragen; heute ist ihre Bedeutung auf eine Unbeträchtlichkeit zusammengeschrumpft. Der greife Clemenceau ist der Welt ein Beweis dafür, daß auch noch ein Siebziger sein Volk über Gründe hinwegführen kann, daß er es sicher in der Hand haben kann, trotz jahrelanger schwerster Enttäuschungen. Die Kraft ist es, das innere Feuer der Leidenschaft, die jetzt an der Spitze unseres Volkes zur Herrschaft kommen muß, oder wir sind verloren. Kein umständliches Kollegium, keine am gelben Tisch weise ausgeschlüsselten Abhängigkeiten — sie haben schon Unheil genug unter uns angerichtet. Eine Verhönllichkeit brauchen wir, einen deutschen Mann, ausgerüstet mit einer alle Widerstände verzehrenden Glut hingebender Vaterlandsliebe, mit einer alle Angstlichen, alle Schwanken forttriegenden Tatkraft — und mit eisernen Nerven, die auch den furchtbaren Stürmen gewachsen sind. Mit bloßen Quatschvereinen, parlamentarischen oder anderen, ist jetzt gar keine Zeit mehr zu verlieren. Es geht ums Ganze!

Wird dieser Mann sich finden? Und wenn er an Stelle ist, wird ihm der Weg freigegeben werden zu unserer Errettung? Wir müssen jetzt siegen oder untergeben — das soll niemand vergessen, der an den unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen im Großen Hauptquartier mitzuwirken berufen ist.

## Des Reiches siebenter Kanzler.

Georg Graf v. Herrling, Dr. phil., ist am 31. August 1843 in Darmstadt geboren, steht also im 76. Jahr. Er besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt und die Universitäten Münster, München und Berlin. 1867 wurde er Privatdozent in Bonn und 1880 dort außerordentlicher Professor. 1882 wurde er ordentlicher Professor nach München berufen. Dem Reichstag gehörte er als Mitglied der Zentrumsfaktion 1875 bis 1890 für Coblenz-St. Goar an, 1896 bis 1903 für Ahrweiler, seitdem zwölf Jahre für Münster-Geseck. Mehrfach war er Referent über sozial-politische Gesetzesvorlagen, 1898 bis 1902 führte er im Auftrage des Reichskanzlers bei wiederholtem Aufenthalt



in Rom die Verhandlungen wegen Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg. 1891 wurde er als lebenslängliches Mitglied in die bayerische Kammer der Reichsräte berufen, seit 1906 führt er den Titel Exzellenz. 1899 war er ordentliches Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften geworden. Nach dem Tode des Grafen Hompesch erwählte ihn die Zentrumsfaktion zu ihrem Vorsitzenden, und die Berufung zum Ministerpräsidenten in Bayern erreichte ihn 1912 am nämlichen Tage, als die Zentrumsfaktion ihn abermals zu ihrem Vorsitzenden gewählt hatte. Er legte infolge seiner Ernennung zum bayerischen Ministerpräsidenten am 18. Februar 1912 sein Reichstagmandat nieder. 1914 wurde er Graf, diese Rang erhöhung war zweifellos der

## Wasserversorgung betr.

Wir ersuchen hierdurch unsere Einwohnerschaft mit Rücksicht darauf, daß Wassermangel eingetreten und für die nächsten Tage vorübergehend mit dem gänzlichen Aufhören des Wasserzuflusses zu rechnen ist, in der Wasserentnahme größte Sparsamkeit zu üben.

Schandau, den 2. Oktober 1918.

Der Stadtrat.

## Lebensmittel betr.

Weisskohl ist bei den hierigen Händlern Richter, Pfau, Hake, Hempel, Leder, Klipping zum Preise von 12 Pf. das Pfund erhältlich. Bei Abnahme von Zentnern 11 Pf. das Pfund. Die auf Liste angemeldeten Mengen werden später beliefern.

Butter — Lebensmittelkarten 1401 bis Ende wird Freitag abgegeben.

Schandau, den 2. Oktober 1918.

Der Stadtrat.

Fortsetzung des amtlichen Teiles in der Beilage.

Wohn für das, was Freiherr v. Herrling bei der Umwandlung der Regentschaft Bayerns in ein Königreich gesetzte hatte.

Am 2. November 1917 wurde Graf v. Herrling als Nachfolger des Dr. Michaelis zum Reichskanzler ernannt. Kaiser Wilhelm hatte an den König Ludwig von Bayern ein Telegramm gerichtet, in welchem er diesen bat, den Grafen Herrling aus den bayerischen Diensten zu entlassen. König Ludwig entsprach gern diesem Wunsch nach Freigabe des Grafen Herrling.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, sträubt sich Herr v. Bayen vorläufig immer noch, die Bürde des Reichskanzlerpostens auf seine Schultern zu nehmen. Sollte er bei seiner Weigerung beharren, so käme für den Kanzlerposten in erster Linie Prinz Max von Baden oder der bisherige Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf in Betracht.

## Die neue Regierung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

CB. Berlin, 1. Oktober.

Im Augenblick steht es noch nicht fest, wer der achte Kanzler des Deutschen Reiches werden wird, indes will man in eingeweihten Kreisen wissen, daß Bismarck v. Bayen die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen wird. Herr v. Bayen hat in Gemeinschaft mit dem Reichsschatzsekretär Graf Roedern im Auftrage der Krone mit den Parteiführern über die Bildung der neuen Regierung und ebenso über das Regierungsprogramm verhandelt. Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich nach eingehenden Besprechungen auf dieses Programm geeinigt, haben es einstimmig genehmigt und dem Bismarck v. Bayen vorgelegt.

Die Verhandlungen des Bismarck v. Bayen mit den Parteien haben zu dem Entschluß geführt, kein Koalitionsministerium, sondern ein Kabinett aus den Mitgliedern der Mehrheitsparteien zu bilden, wobei noch nicht endgültig entschieden ist, ob auch die Nationalliberalen sich den Mehrheitsparteien anschließen werden. Der besonders vom Grafen Roedern warm befürwortete Gedanke eines Koalitionsministeriums ist — so weit man in unterrichteten Kreisen weiß — an dem entschiedenen Widerspruch von Rechts und Links gescheitert. Auf der Linken wählt man den Standpunkt, daß neue Ministerium müsse durch seine Zusammensetzung aller Welt zeigen, daß mit dem alten System endgültig und für immer gebrochen werden muß, während die Rechte geltend macht, es könne ihrer Überzeugungstreue nicht zugemutet werden, bei dem nun einmal unvermeidlichen Systemwechsel sich gegen das zu wenden, was sie ihr Lebtag als Staatsideal betrachtet habe.

Die neue Regierung wird spätestens morgen gebildet sein und umgehend die Bestätigung des Kaisers erhalten. Es sind umfassende Personalveränderungen zu erwarten, da sämtliche Minister und Staatssekretäre ihre Amter der Krone zur Verfügung gestellt haben. Die Umgestaltung des § 9 der Verfassung, wonach kein Reichstagsmitglied zugleich Mitglied des Bundesrats sein kann, wird auf die Weise herbeigeführt werden, daß die neuen Männer bis zur Abschaffung des § 9 nicht in den Bundesrat berufen werden. Nach der Neubildung der Regierung wird (spätestens am Dienstag) der Reichstag zusammenentreten, um das Programm der neuen Männer entgegen zu nehmen.

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien über die Amtseinführung sind glatt verlaufen. Wie die Dinge augenblicklich liegen, darf man annehmen, daß der gegenwärtige Bismarck v. Bayen, also ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, Reichskanzler werden wird. Herr v. Bayen hat zwar gestern abend noch starke Bedenken gegen die Übernahme des Kanzlerpostens geäußert.

Bernsprecher Nr. 22.  
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Ortspreis für die 5 gepl. Kleinblätter oder deren Raum 20 Pf., bei auswärtigen Anzeigen 25 Pf. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Vereinbarung).

"Gesandt" und "Reklame" 50 Pf. die Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechender Nachdruck.  
Tägliche Beilage:  
"Unterhaltungsblatt".